

Rechtsextremismus in Rußland

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Rechtsextremismus in Rußland*. (Berichte / BIOst, 53-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42130>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

Einführung

.....
7

I. Vorläufer

.....
8

II. Ursachen

.....
9

III. Organisationsformen

.....
10

1. "National-patriotische Front 'Pamjat'"10

2. "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR).....11

3. "National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR)12

4. "Russische nationale Einheit" (RNE)13

5. "Russische Nationalversammlung" (RNV).....14

6. "Front der nationalen Rettung" (FNR).....15

IV. Programmatik

.....
15

1. "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR).....16

2. "National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR).....18

3. "Russische nationale Einheit" (RNE).....18

4. "Russische Nationalversammlung" (RNV).....19

5. "Front der nationalen Rettung" (FNR).....19

V. Führungspersonen

.....
20

VI. Politisches Gewicht

.....
20

VII. Perspektiven

.....
21

Summary

.....
23

30. September 1995

Eberhard Schneider

Rechtsextremismus in Rußland

Bericht des BIOst Nr. 53/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht untersucht die sechs größten rechtsextremistischen Organisationen der Russischen Föderation: die "National-patriotische Front 'Pamjat'" ("Gedächtnis") unter Dmitrij Wassiljew, die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR) unter Wladimir Schirinowskij, die "National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR) unter Nikolaj Lyssenko, die "Russische nationale Einheit" (deutsche Abkürzung RNE) unter Alexandr Barkaschow, die "Russische Nationalversammlung" (deutsche Abkürzung RNV, abweichende russische Abkürzung RNS) unter Alexandr Sterligow und die "Front der nationalen Rettung" (deutsche Abkürzung FNR, abweichende russische Abkürzung FNS) unter Ilja Konstantinow. Zur Definition von Rechtsextremismus wurde die Begriffsbestimmung der Politikwissenschaft herangezogen: Rechtsextremistisch sind Bestrebungen, die gegen die Grundrechte und Verfassungsnormen des parlamentarisch-demokratischen Konfliktaustrags gerichtet sind und die zur Durchsetzung ihrer nationalistischen Positionen bereit sind, Gewalt anzuwenden.

Ergebnisse

1. Der Rechtsextremismus hat in Rußland eine gewisse Tradition. Die bekannteste Gruppierung waren die "Schwarzen Hundertschaften", ein Sammelbegriff für rechtsextremistische Gruppen, die von der Jahrhundertwende bis zur Februar-Revolution 1917 existierten. 1906 entstand aus ihnen die rechtsextremistische Partei "Bund des russischen Volkes".
2. Die Empfänglichkeit eines gewissen Teils der heutigen Bevölkerung der Russischen Föderation für rechtsextremistische Parolen hat verschiedene Gründe: Mit einem übertriebenen Nationalismus soll der Zusammenbruch der Sowjetunion kompensiert werden. Der Nationalismus ist die einfachste Form einer Ersatzideologie nach dem Scheitern des Kommunismus. Überhaupt haben sich die Russen nicht mit der russischen Nation, sondern mit dem russischen Staat und seinem Territorium identifiziert. Schließlich ist der Rechtsextremismus ein ebenso demokratiefeindlicher Totalitarismus wie der Kommunismus.
3. Als erste rechtsextremistische Organisation der Übergangsperiode wurde 1986 "Pamjat" unter einem etwas anderen Namen gegründet. Der Vorsitzende Wassiljew, der sich mit SS-Symbolen ebenso dekoriert wie mit zaristischen Attributen, beschreibt sich seit 1992 öffentlich als Monarchist und Faschist.

Die LDPR, die im März 1990 noch mit der Bezeichnung "der Sowjetunion" unter umstrittener

Mitwirkung des KGB entstand, hat es unter ihrem Gründungsvorsitzenden Schirinowskij zu 40.000 Mitgliedern gebracht, von denen 50 Prozent zwischen 16 und 29 Jahre alt sind. Die Hälfte der LDPR-Mitglieder sind Arbeiter, ein knappes Drittel Intelligenzangehörige und ein knappes Fünftel Bauern. Auf dem letzten LDPR-Parteitag im April 1994 ließ sich Schirinowskij unter Verletzung des damaligen LDPR-Statuts für zehn Jahre zum LDPR-Vorsitzenden wählen.

Im April 1990 formierte sich aus Abspaltungen von "Pamjat" die NRPR mit ihrem Schwerpunkt in St. Petersburg. Sie weist 11.500 Mitglieder in 36 regionalen Organisationen auf.

Als weitere Abspaltung aus "Pamjat" entstand im Oktober 1990 die RNE. Mit 20.000 Mitgliedern in 250 Grundorganisationen ist sie die zweitgrößte rechtsextremistische Partei der Russischen Föderation. Den zentralen Kern der RNE bilden die "Kampfgefährten", unter denen militärische Disziplin herrscht. Die "Mitreiter" sind Anwärter auf die RNE-Mitgliedschaft und bilden den aktiven Teil der Bewegung. Die "Anhänger", die in der Hierarchie noch eine Stufe tiefer stehen, gelten als Sympathisanten der RNE und sollen einige Hunderttausend zählen. Im März 1994 unterzeichnete Barkaschow mit der 120.000 Mitglieder zählenden "Konföderation der Freien Gewerkschaften Rußlands - Nationale Vereinigung russischer Gewerkschaften" ein Kooperationsabkommen.

Die nächsten größeren rechtsextremistischen Organisationen bildeten sich zwei Jahre später unter Jelzin: im Februar 1992 die RNV als ein Bündnis kleinerer Parteien unter den Farben der monarchistischen Flagge schwarz-gelb-weiß und im Oktober 1992 die FNR, in der über 40 Parteien und Bewegungen vertreten sind, von den Monarchisten bis zu den Kommunisten. Kollektives Mitglied der RNV ist u.a. der militär-patriotische Klub "Russische Garde" mit 60.000 Mitgliedern. Die FNR, die inzwischen auch eine Schattenregierung gebildet hat, zählt 40.000 Anhänger.

4. In den programmatischen Aussagen unterscheiden sich die sechs rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen inhaltlich nicht wesentlich, sondern nur hinsichtlich ihrer Radikalität. Allen gemeinsam sind folgende Ziele:
 - Schaffung eines nationalen Einheitsstaats mit einer rein administrativen Aufteilung in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion unter Vorherrschaft der Russen,
 - Ablehnung der westlichen Demokratie und statt dessen Errichtung eines autoritären bis diktatorischen Regimes,
 - Begrenzung bis Aufhebung der Privatisierung und in unterschiedlichem Maß staatliche Planung sowie administrative Lenkung der Wirtschaft,
 - Förderung des militärisch-industriellen Komplexes,
 - Aufbau einer starken Armee sowie
 - Wiederherstellung des Großmachtstatus Rußlands, das eine mehr oder weniger isolationistische Außenpolitik betreiben wird.
5. Bevor die rechtsextremistischen Parteiführer in die Politik gingen, hatte nur einer von ihnen eine bemerkenswerte Karriereposition innegehabt: Der RNV-Vorsitzende Sterligow war KGB-Generalmajor und bis 1991 Geschäftsführer der russischen Regierung unter Premier Iwan Silajew. Schirinowskij (LDPR) war zuletzt von 1983 bis 1990 Leiter des juristischen Dienstes des Verlags "Mir". Lyssenko (NRPR) arbeitete nach dem Studienabschluß als Arzt bei der Lenin-

grader tierärztlichen Ersten Hilfe. Konstantinow (FNR) war bis 1989 als Heizer im Leningrader Werk "Lenenergo" tätig. Wassiljew (Pamjat') ist von Beruf Schauspieler und Barkaschow (RNE) Elektromonteur sowie Karate-Lehrer. Über rhetorische und demagogische Begabung verfügt von allen sechs genannten Vorsitzenden nur Schirinowskij.

6. Von den rechtsextremistischen Gruppierungen hat es bisher nur die LDPR geschafft, sich mit einer Parteiliste zur Wahl der Staatsduma am 12. Dezember 1993 zu stellen. Die LDPR erreichte mit 22,9 Prozent das beste Listenergebnis, das fast eine Verdreifachung der 7,8 Prozent bedeutet, die Schirinowskij am 12. Juni 1991 bei der Präsidentenwahl erhalten hatte. Da die LDPR wegen ihrer geringen Verankerung in der Provinz allerdings nur vier Direktmandate erringen konnte, bildet sie in der Staatsduma nur die zweitgrößte Fraktion, aus der inzwischen einige wichtige LDPR-Abgeordnete wieder ausgetreten sind. Von der NRPR schaffte nur ihr Vorsitzender Lyssenko als Direktkandidat den Sprung ins Parlament.
7. Repräsentativen Umfragen vom April und Mai 1995 zufolge gibt es in der Russischen Föderation auf der einen Seite ein stabiles Wählerpotential von 23-28 Prozent für eine Politik der "starken Hand" und der "eisernen Ordnung". Auf der anderen Seite hat Schirinowskij die Hälfte seiner Wähler verloren. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache könnte dies bedeuten, daß das unverändert große rechtsextreme Wählerpotential zum Teil eine andere Leitfigur oder Partei im rechtsextremistischen Spektrum wählen wird, sofern sie kandidiert.
Die russische Führung hat es bis heute versäumt, sich mit den nationalistischen Positionen inhaltlich öffentlich auseinanderzusetzen. Vielleicht meint sie, das nicht nötig zu haben. Möglicherweise hat sie aus populistischen Gründen eine solche Auseinandersetzung bewußt vermieden.

Einführung

In seiner letzten Botschaft zur Lage der Nation sprach der russische Präsident Boris Jelzin Mitte Februar 1995 von der wachsenden Sorge in der Öffentlichkeit um die Verbreitung der faschistischen Ideologie und faschistischer Organisationen in Rußland. Die frühere Immunität der Bevölkerung gegenüber dem Faschismus nehme ab. Viele Menschen würden sich fragen, warum die Staatsanwaltschaften und die staatlichen Strukturen, die das Volk vor diesem Schmutz schützen sollen, so träge arbeiten. In der Langfassung seines Rechenschaftsberichts teilte Jelzin mit, daß die Staatsduma ein Gesetz über das Verbot faschistischer Propaganda ausarbeite.¹ Das Moskauer Anti-Faschistische Zentrum hat 170 Dokumente vorgelegt über die mangelnde Bereitschaft der Staatsanwälte aller Ebenen, Fälle von Extremismus zu verfolgen.² Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele Staatsanwälte und Richter mit rechtsextremistischen Positionen sympathisieren.³

Am 23. März 1995 unterzeichnete Jelzin den Erlaß über "Maßnahmen zur Gewährleistung abgestimmter Handlungen der Organe der Staatsmacht im Kampf gegen Erscheinungen von Faschismus und anderen Formen des politischen Extremismus in der Russischen Föderation". Laut diesem Erlaß häufen sich in Rußland die Fälle, in denen die Verbreitung faschistischer Ideen geschürt wird.⁴ Dies geschieht nicht zuletzt durch die 200 rechtsextremistischen Publikationen⁵, die an vielbesuchten Plätzen, wie in der Nähe des Gebäudes der Staatsduma, auf dem Roten Platz in Moskau, auf dem Newskij-Prospekt in St. Petersburg, vor den Metro-Bahnhöfen usw. angeboten werden.⁶

Die verfassungswidrige Tätigkeit extremistisch ausgerichteter Personen nehme - so Jelzin weiter in seinem Erlaß - immer größere Ausmaße und einen immer dreisteren Charakter an. Es entstünden illegale bewaffnete und militante Formationen. Es wachse die Gefahr, daß sich diese mit einigen Gewerkschaften, Handels- und Finanz- sowie kriminellen Strukturen verbinden. Man dürfe nicht zulassen - offensichtlich besteht bereits eine solche Gefahr -, daß der Anstieg des politischen Extremismus zur Unterminierung der turnusgemäßen Wahlen zu den Organen der Staatsmacht und der lokalen Selbstverwaltung führt und die freie Willensbildung der Wähler behindert, die Lösung von Arbeitskonflikten beeinflusst oder auf Staats- und Gemeindeorgane Druck ausübt. Die Organe der Staatsmacht und der lokalen Selbstverwaltung hätten auf diese den Verfassungsaufbau bedrohenden Prozesse bisher praktisch nicht reagiert. Die Rechtsnormen, vornehmlich Verfassungsartikel 13 über das Verbot der Bildung und Tätigkeit von verfassungswidrigen Vereinigungen, seien bisher nicht angewandt worden. Jelzin beauftragte deshalb die Russische Akademie der Wissenschaften, der Staats- und Rechtsverwaltung der Administration des Präsidenten innerhalb von zwei Wochen eine wissenschaftliche Klärung des Begriffs "Faschismus" vorzulegen. Auf der Grundlage dieser wissen-

¹ Rossijskaja gazeta, 17.2.1995.

² Lacis, Otto, Fasistam v Rossii bojat'sja neëgo, in: Izvestija, 2.12.1994, S. 5.

³ Orttung, Robert W., A Politically Timed Fight Against Extremism, in: Transition, 10, 1995, S. 3.

⁴ Rossijskaja gazeta, 25.3.1995.

⁵ Interfax, 14.4.1995.

⁶ Orttung a.a.O. S. 2.

schaftlichen Faschismusdefinition soll die russische Gesetzgebung verändert und ergänzt werden.¹

Die von der Akademie der Wissenschaften inzwischen vorgelegte Faschismus-Definition wird von der Administration des Präsidenten als zu politisch und zu wenig juristisch bezeichnet.² Sie hat folgenden Wortlaut: "Faschismus ist eine Ideologie und Praxis, die die Überlegenheit und die Besonderheit einer bestimmten Nation oder Rasse behauptet und die zur nationalen Intoleranz auffordert. Sie basiert auf der Diskriminierung anderer Völker, der Zurückweisung der Demokratie, der Schaffung eines Führerkults, der Anwendung von Gewalt und Terror zur Unterdrückung der politischen Feinde - die physische Vernichtung eingeschlossen - sowie der Rechtfertigung des Kriegs als Mittel zur Lösung politischer Probleme."³

Die Gefahr des Rechtsextremismus in Rußland ist also nicht aus der Luft gegriffen, sondern sie besteht. Sie wirft folgende Fragen auf: Welche Ursachen hat dieser Rechtsextremismus? Auf welche Vorläufer kann er sich stützen? Wie organisiert er sich? Wie mächtig ist er? Als Grundlage für die Beantwortung dieser Fragen dient die Definition des Rechtsextremismus, die das von Dieter Nohlen herausgegebene "Pipers Wörterbuch zur Politik" im Anschluß an Klingemann und Pappi⁴ vornimmt: Rechtsextremistisch sind Bestrebungen, die gegen die Grundrechte und Verfassungsnormen des parlamentarisch-demokratischen Konfliktaustrags gerichtet sind⁵ und zur Durchsetzung ihrer nationalistischen Positionen bereit sind, Gewalt anzuwenden. Von den rund 90 rechtsextremistischen Organisationen⁶ in der Russischen Föderation, die sich in ihren Programmen und Erklärungen zur Idee der Gewaltanwendung bekennen, auch wenn gelegentlich betont wird, die Macht nur mit demokratischen Mitteln erringen zu wollen, sind folgende sechs zu nennen: die "National-patriotische Front 'Pamjat'" ("Gedächtnis"), die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR), die "National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR), die "Russische nationale Einheit" (RNE), die "Russische Nationalversammlung" (RNV) und die "Front der nationalen Rettung" (FNR).⁷

I. Vorläufer

Der Rechtsextremismus hat in Rußland eine gewisse Tradition. Die bekannteste rechtsextremistische Gruppierung bildeten die "Schwarzen Hundertschaften", ein Sammelbegriff für rechtsextreme Gruppen, die von der Jahrhundertwende bis zur Februar-Revolution 1917 existierten. Geistig vorbereitet wurden diese Gruppierungen durch einflußreiche rechtsextremistische Publizisten, die nicht nur die aufkommenden revolutionären Strömungen angriffen, sondern auch den Kapitalismus, den Liberalismus und die Juden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang W.A. Gringmut, Pawel Bulazel, Michail Menschikow und Sergej Scharapow. In die Geschichte gingen die "Schwarzen

¹ Siegl, Elfie, Das Chaos gebiert Ungeheuer. In Rußland wächst die Angst vor dem Rechtsextremismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.5.1995.

² Izvestija, 11.4.1995.

³ Orttung, a.a.O., S. 5.

⁴ Klingemann, H.D./Pappi, F.U., Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung. München/Wien 1972.

⁵ Nohlen, Dieter (Hg.), Pipers Wörterbuch zur Politik. Bd. 2. München/Zürich 1993, S. 367.

⁶ Lacis ebenda.

⁷ Ogonek, 15 (April), 1995, S. 19.

Hundertschaften" vor allem als Drahtzieher der Judenpogrome von 1905 und 1906 ein.¹

Im Oktober 1906 entstand aus den "Schwarzen Hundertschaften" eine rechtsextremistische Partei, der "Bund des russischen Volkes" (BRV). Vorsitzender des BRV war der Arzt Alexandr Iwanowitsch Dubrowin, der zur Ansicht gelangte, daß das alte zaristische System nur noch mit Hilfe einer breiten patriotischen Bewegung, die sowohl Massenaktionen organisiert als auch individuellen Terror anwendet, zu retten sei. Die erforderliche politische Rückendeckung und die große finanzielle Unterstützung erhielt der BRV von Zar Nikolaus II.

In zunehmendem Maße konzentrierte sich der BRV auf die Judenfrage. Juden hatten kein Recht, in die Organisation einzutreten und Nicht-Russen nur, wenn ihrem Antrag einstimmig entsprochen wurde. Der BRV zerbrach nach dem Sturz des Zaren im Frühjahr 1917 aufgrund der ausbleibenden staatlichen Zuwendungen in Millionenhöhe und des Streits unter den Führungspersonen.²

II. Ursachen

Abgesehen davon, daß der Rechtsextremismus in Rußland eine gewisse Tradition hat, ist die gegenwärtige Umbruchsituation besonders dafür geeignet, daß rechtsextremistische Positionen eine Resonanz in einem Teil der der Bevölkerung finden. Die psychologische Befindlichkeit dieses Bevölkerungsteils faßt der russische Wissenschaftler und Regierungsberater, Daniil Proektor, folgendermaßen zusammen: "Menschen, die gewohnt waren, sich als Bürger einer Supermacht zu fühlen, können sich nicht vorstellen, daß man sie jetzt für Bewohner eines Landes der Dritten Welt, einer - wie man sagt - Bananenrepublik hält."³ Rußland litt schon immer an einem Minderwertigkeitskomplex dem Westen gegenüber. Kein Wunder also, wenn er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit einem übertriebenen Nationalismus zu kompensieren versucht wird.

Nach dem Scheitern des Kommunismus entstand in Rußland ein ideologisches Vakuum, das der Nationalismus auszufüllen beginnt. Der Nationalismus ist die einfachste Form einer Ersatzideologie, die keine besonderen geistigen Anforderungen stellt und keine bemerkenswerte Leistung erfordert, denn jeder Mensch gehört von Geburt - ohne sein Verdienst - einer bestimmten Nation an. Wenn er auch sonst nichts weiter vorzuweisen hat, so kann sich ein Nationalist immer gegenüber jedem Menschen einer anderer Nationszugehörigkeit als höherstehend empfinden.

Hinzu kommt, daß sich die Russen bisher meist nicht mit der russischen Nation identifiziert haben, sondern mit dem Staat und mit dem Territorium, kurz mit dem Imperium. "Das russische nationale Bewußtsein", - so Gerhard Simon - "das in sowjetischer Zeit auch in jene sozialen Schichten vordrang, die vor 1917 kaum davon erfaßt worden waren, reichte stets über das Siedlungsgebiet der Russen und des russischen Ethnos hinaus, es war ein Staats- oder Reichsbewußtsein. Seit 1991 ist es ohne Staat und Reich."⁴ Dementsprechend fragt der ehemalige Botschafter Max Jakobson: "Was ist

¹ Laqueur, Walter, Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten. München 1993, S. 42, 46.

² Laqueur, a.a.O., S. 129-149.

³ Proektor, Daniil, Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren. Berichte des BIOst, 5, 1995, S. 11.

⁴ Simon, Gerhard, Zukunft aus der Vergangenheit. Elemente der politischen Kultur in Rußland. Berichte des BIOst, 10, 1995, S. 32.

Rußland, wenn es kein Imperium ist?"¹ Und Zbigniew Brzezinski vertritt in diesem Zusammenhang die Meinung, "Rußland kann entweder ein Imperium oder eine Demokratie sein, nicht aber beides".² Die nationale Identifizierung wird befördert durch die Annahme einer internationalen Verschwörung gegen die eigene Nation.³ Das bedeutet, daß die rechtsextremistischen Kräfte wieder ein Feindbild benötigen, aber nicht aus ideologischen Gründen wie bei den Kommunisten, sondern aus nationalistischen.

Auch der Rechtsextremismus ist wie der Kommunismus Totalitarismus. Beiden Ideologien ist eigen, daß sie alle Lebensbereiche des Menschen beherrschen und zu allen Fragen eine verbindliche Antwort geben wollen. Beide sind demokratiefeindlich, weswegen man relativ leicht von der kommunistischen zur rechtsextremistischen Totalitarismus-Variante wechseln kann, besonders wenn man einen Totalitarismus als stützende Zwangsjacke braucht, da man es nie gelernt hat, sich als geistig freier Mensch zu bewegen. Der Unterschied zwischen dem sowjetischen Kommunismus und dem russischen Rechtsextremismus ist im Grunde nicht so groß, weil die sowjet-kommunistische Ideologie nur der Verschleierung russischer Großmachtinteressen diene. Nach Jegor Gajdar gab es zwischen der an der Reichsidee orientierten Komponente der sowjet-kommunistischen Ideologie und deren bolschewistische Komponente zwar keinen logischen, wohl aber einen historischen und psychologischen Zusammenhang. Nach dem Ausbleiben der kommunistischen Weltrevolution entstand deshalb in den 20er Jahren in der Sowjetunion der Nationalbolschewismus als eine Art Kompromiß zwischen beiden Ideologiebestandteilen.⁴

III. Organisationsformen

Im folgenden werden die sechs wichtigsten rechtsextremistischen Parteien und Organisationen in der chronologischen Reihenfolge ihres Entstehens vorgestellt.

1. "National-patriotische Front 'Pamjat'"

Die stark anti-semitische Organisation "National-patriotische Front 'Pamjat' ('Gedächtnis')" wurde als erste rechtsextremistische Organisation 1986 auf der Grundlage der "Historisch-Patriotischen Vereinigung 'Pamjat'" durch den Arbeiter Kim Andrejew und den Photographen und Schauspieler Dmitrij Dmitrijewitsch Wassiljew gegründet. 1988 legte sich die Organisation ihren heutigen Namen zu. Der Pamjat-Vorsitzende Wassiljew, der sich mit SS-Symbolen ebenso dekoriert wie mit zaristischen Attributen, beschreibt sich seit 1992 öffentlich als Monarchist und Faschist.⁵

¹ Jakobson, Max, Frieden und Stabilität - eine Fata Morgana? in: Europa Archiv, 11, 1994, S. 310.

² Brzezinski, Zbigniew, Die übereilte Partnerschaft - die Vereinigten Staaten und Rußland, in: Europa Archiv, 5, 1994, S. 126.

³ Eco, Umberto, Ur-Fascism, in: The New York Review, 11, 1995, S. 14.

⁴ Gajdar, Jegor, Entscheidung in Rußland. Die Privatisierung der Macht und der Kampf um eine zivile Gesellschaft. München 1995, S. 129.

⁵ Siegl ebenda. Pribylovsky, Vladimir, A Survey of Radical Right-Wing Groups in Russia, in: RFE/RL Research Report, 16, 1994, S. 32.

2. "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR)

Die wichtigste rechtsextremistische Partei ist die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR), die auf dem I. Parteitag am 31. März 1990 in Moskau unter dem Namen "Liberal-demokratische Partei der Sowjetunion" (LDPSU) gegründet wurde. Die Rolle, die der KGB bei Gründung der Partei spielte, ist umstritten und nach wie vor unklar.¹ Zum Parteivorsitzenden wurde Wladimir Wolfo-witsch Schirinowskij gewählt.² Nach dem Zerfall der UdSSR änderte die "Liberal-demokratische Partei der Sowjetunion" ihren Namen in "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR). Die LDPRinhalt "LDPR" \f A§ wurde am 14. Dezember 1992 zum zweiten Mal registriert, weil die frühere Registrierung vom April 1991 am 11. August 1992 wegen grober Verletzung der Gesetze durch die Vorlage gefälschter Dokumente annulliert werden mußte. Die Partei hat 40.000 Mitglieder, von denen die Hälfte zwischen 16 und 29 Jahre alt ist.³ Die soziologische Zusammensetzung der LDPR-Mitgliedschaft ist folgende: Die Hälfte der Parteimitglieder sind Arbeiter, ein knappes Drittel gehört der Intelligenz an und ein knappes Fünftel sind Bauern.

Der letzte LDPR-Parteitag, der am 2. April 1994 in Moskau stattfand, bestätigte ohne vorherige Aussprache in weniger als einer Minute einstimmig mittels Handaufhebung Schirinowskij als Parteichef für zehn Jahre bis zum 2. April 2004. Zugleich erhielt er das Recht, persönlich die Mitglieder der höchsten zentralen und regionalen Führungsorganisationen der LDPR zu ernennen und abzulösen.⁴ Außerdem beschloss die Delegierten, daß Parteitage nur noch alle drei Jahre stattfinden sollen. Zwischen den Parteitagen gehen die Vollmachten auf den Parteivorsitzenden über. Mit diesen Beschlüssen setzte sich der Parteitag über das LDPR-Statut⁵ hinweg.

Die LDPRinhalt "LDPR" \f A§ gibt die Zeitung "Prawda Schirinowskogo" ("Die Wahrheit Schirinowskijs") mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren und die Zeitung "Sokol Schirinowskogo" ("Der Falke Schirinowskijs") mit einer Auflage von 20.000-50.000 Exemplaren heraus. Der letzte Parteitag beschloß die Gründung einer eigenen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft mit dem gleichen Namen "Sokol Schirinowskogo". Die Partei hat sich auch eine Jugendorganisation namens "Falken Schirinowskijxe "Schirinowskij"§s" geschaffen, die die Ausbildung zur Selbstverteidigung zum Ziel hat.

Die LDPRinhalt "LDPR" \f A§ bezeichnet sich als rechtszentristisch und unterhält in Deutschland Beziehungen zur "Deutschen Volksunion" (DVU) eines Gerhard Frey. Diese Kontakte bestehen seit April 1992 und beschränkten sich bisher offensichtlich auf die wechselseitige Teilnahme an Parteitagen und dem gelegentlichen Abdruck von Schirinowskij-Interviews in der DVU-Presse.⁶

¹ Morrison, James W., Vladimir Zhirinovskiy. An Assessment of a Russian Ultra-Nationalist. Washington, D.C., 1994, S. 17-19. Plechanov, Sergej, Žirinovskij: Kto on? Moskau 1994, S. 52-67. Schneider, Eberhard, Schirinowskij und seine Partei. Berichte des BIOst, 35, 1994, S. 7-8.

² Kto est' èto. Politièeskaja Moskva 1994. Bd. 1: Politièeskie organizacii i bloki, obšèestvennye organizacii. Moskau 1994, S. 146-156. Makarkin, A., Liberal'no-demokratièeskaja partija Rossii, in: Mirovaja konomika i meždunarodnye otnošenija, 4, 1994, S. 64-71.

³ Rossijskaja gazeta, 15.10.1993.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.4.1994.

⁵ Ustav LDPR. Moskau (o.J.)

⁶ Hirscher, Gerhard, Schirinowskij und der deutsche Rechtsextremismus, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 6. Jg. Bonn 1994, S. 162-179.

Die LDPRinhalt "LDPR" \f A§ ist für einen starken Präsidenten. Deshalb stimmte Schirinowskij dem Verfassungsentwurf von Jelzin "Jelzin"§ zu, obwohl die Partei im April 1993 einen eigenen Verfassungsentwurf vorgelegt hatte. Allerdings kritisierte Schirinowskij den Präsidentenentwurf hinsichtlich der Regelung föderativer Angelegenheiten, vor allem xe ""§die zweite Parlamentskammer, den Föderationsrat, weil dessen Zusammensetzung zuungunsten Rußlands ausfallen würde. Der bereits erwähnte LPDR-Parteitag beschloß im April 1994 in Moskau, Schirinowskij als Kandidaten der Partei für die nächste Präsidentschaftswahl aufzustellen, die am 16. Juni 1996 stattfinden soll.xe "Der bereits erwähnte LPDR-Parteitag beschloß im April 1994 in Moskau, Schirinowskij als Kandidaten der Partei für die nächste Präsidentschaftswahl aufzustellen, die am 16. Juni 1996 stattfinden soll. "§

3. *"National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR)*

Die "National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR) entstand im April 1990 auf der Basis des "Russischen Nationalpatriotischen Zentrums", das sich 1989 durch Abspaltung des anti-kommunistischen Flügels von "Pamjat" in Leningrad herausgebildet hatte. Die NRPR, die ihren Schwerpunkt in St. Petersburg hat, wurde am 15. Januar 1992 registriert und hat 11.500 Mitglieder in 36 regionalen Organisationen.

Die Partei, die insbesondere außer in St. Petersburg und in Moskau auch in Nowgorod, Nowosibirsk, Nowotscherkassk, Pskow, Saratow, Waldaj und Wologda aktiv ist, ist nach den Prinzipien der KPdSU organisiert. Die Basis bilden Parteigruppen mit nicht weniger als fünf Mitgliedern. In den Ortschaften gibt es Grundorganisationen und auf der nächst höheren Ebene Regionalorganisationen. Das höchste Parteiorgan ist die Duma (Parteitag), die jährlich stattfinden soll. Sie wählt den Zentralrat - das höchste Exekutivorgan der Partei - für drei Jahre und die Zentrale Revisionskommission.

Im Herbst 1991 gründete die NRPR in St. Petersburg eine Jugendorganisation, die Nationale Pfadfinderlegion. Die Partei gibt in einer Gesamtauflage von 45.000 Exemplaren die Zeitungen "Nasche wremja" ("Unsere Zeit") und "Golos Rossii" ("Die Stimme Rußlands") heraus. Einige Parteimitglieder, die eigene Firmen besitzen oder an Aktiengesellschaften beteiligt sind, lassen der Partei Spenden zukommen. Ferner wurden zur Finanzierung der Partei besondere kommerzielle Strukturen von Organen der Staatssicherheit geschaffen.¹

Der NRPR ist es 1993 nicht gelungen, die erforderlichen 100.000 Unterschriften zu sammeln, um mit einer eigenen Liste an den Staatsduma-Wahlen teilnehmen zu können. Lediglich ihr Vorsitzender, Nikolaj Nikolajewitsch Lyssenko, der seit 1991 die Partei führt, konnte als Direktkandidat im Wahlbezirk Engels im Gebiet Saratow, den Jelzin einmal zu einem Teil des Autonomen Gebiets der Wolga-Deutschen machen wollte, in das Parlament einziehen.

Anfang April 1995 zerriß Lyssenko, dessen Familienname ukrainisch klingt, in der Staatsduma die blau-gelbe ukrainische Staatsflagge aus Wut über die ablehnende Haltung Kiews gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen der mehrheitlich von Russen bewohnten Krim-Halbinsel. Das

¹ Sirotin, Vladimir, Fjurer - s nami! in: Moskovskie novosti, 22 (29.5.-5.6.), 1994, S. 8. Belin, Laura, Ultrnationalist Parties Follow Disparate Paths, in: Transition, 10, 1995, S. 9 f.

Parlament bestrafte ihn dafür mit einem mehrwöchigen Redeverbot.¹

Auf der Sondersitzung der Staatsduma am 9. September 1995 entriß Lyssenko dem Abgeordneten von "Wahl Rußlands", dem Priester Gleb Jakunin dessen kostbares Brustkreuz aus dem 19. Jahrhundert und schlug ihn damit vor dem Rednerpodium am Kopf blutig. Als die Abgeordnete Tischkowskaja Jakunin zu Hilfe kam, wurde sie von Schirinowskij an den Haaren gezogen und in den "Schwitzkasten" genommen.

4. *"Russische nationale Einheit" (RNE)*

Die "Russische nationale Einheit" (RNE) gründeten im Oktober 1990 einige aus "Pamjat" ausgeschlossene Mitglieder unter Führung von Alexandr Petrowitsch Barkaschow. Kurz darauf kam es zu ersten Abspaltungen von der RNE. Die RNE, die im Juli 1993 als Partei registriert wurde, ist hierarchisch aufgebaut und hat ihr Statut bisher nicht veröffentlicht. Nach Auskunft Barkaschows zählt die RNE 20.000 Mitglieder in 350 regionalen Organisationen, von denen 100 registriert sind.² Sie ist somit nach der LDPR die zweitstärkste rechtsextremistische Partei Rußlands und unterhält nach der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, der demokratischen "Wahl Rußlands" und der LDPR das viertgrößte Netz an regionalen Parteiorganisationen.³ Juden, Zigeuner, Kaukasier und Türken dürfen der Organisation ebensowenig beitreten wie Alkoholiker, Drogenabhängige, Anhänger des Mystizismus, Personen mit schwachem Willen und psychisch Gestörte. Die RNE-Aktivisten werden instruiert, vor allem Soldaten, Arbeiter und Studenten für die RNE-Mitarbeit zu gewinnen.⁴

Den zentralen Kern von RNE bilden die Mitglieder, die "Kampfgefährten", unter denen militärische Disziplin herrscht. Sie dürfen weder Alkohol trinken noch rauchen und müssen sich zu einem intakten Familienleben verpflichten. Diejenigen von ihnen, die eine Ausbildung in Schießen und Nahkampf absolviert haben, dürfen die grün-braun gefleckte Kampfuniform mit dem Hakenkreuz auf dem rechten Ärmel tragen. Darüber hinaus kennt die RNE noch zwei weitere Kategorien: die "Mitreiter" und die "Anhänger" (Sympathisanten), von denen es mehrere Hunderttausend geben soll. Die "Mitreiter" sind die Kandidaten für die RNE-Mitgliedschaft und bilden den aktiven Teil der Bewegung. Sie haben noch nicht das hohe Niveau der Mitgliedschaft erreicht, das die Unterordnung der persönlichen Interessen unter die Interessen der RNE verlangt. Die "Anhänger" - der potentielle Teil der Bewegung - sind wegen der kurzen Zeit der Teilnahme an der Bewegung noch nicht in der Lage, Aufträge auszuführen.⁵ Bisher konnte die RNE 250 Grundorganisationen aufbauen.

Barkaschow suchte von Anfang an den Kontakt zu den neuen Gewerkschaften. Am 24. März 1994 unterzeichnete er ein Kooperationsabkommen mit Alexandr Aleksejew, dem Vorsitzenden der "Konföderation der Freien Gewerkschaften Rußlands - Nationale Vereinigung russischer

¹ Siegl ebenda.

² Izvestija, 24.9.1994.

³ Belin, Ultrationalist... a.a.O. S. 8.

⁴ Russkij porjadok, Dezember 1993-Januar 1994, S. 32. Zitiert nach: Belin, Ultrationalist... a.a.O. S. 9.

⁵ Luchterhandt, Galina, Die politischen Parteien im neuen Rußland. Dokumentation und Kommentare. Bremen 1993, S. 230 f.

Gewerkschaften". Diese Gewerkschaft hat 120.000 Mitglieder in 35 regionalen Gewerkschaften sowie in über 110 regionalen Organisationen in verschiedenen Teilen Rußlands. Zu der Gewerkschaftskonföderation gehören als wichtige Gewerkschaften die "Gewerkschaft der Militärangehörigen" und die "Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter Rußlands".¹

Die RNE unterhält über Strohmannen millionenschwere Bankkonten und hat inzwischen eine umfangreiche Infrastruktur aufgebaut, die aus Zeltlagern, Bunkern, speziellen Zellen für künftige politische Gefangene, Ferienheimen, gepachteten Ländereien, Sportstätten, Häusern, Büros, Autos, Lastwagen, verstreut liegenden geheimen Waffenlagern, Benzindepots, Wertgegenständen, Speichern für Uniformen, Schneiderwerkstätten, Druckereien, einigen Kuttern sowie Yachten besteht. In Moskau hat Barkaschow neue Büroräume bezogen, für deren Miete eine westliche Firma einige hundert Dollar pro Quadratmeter bezahlen müßte.² Zahlt Barkaschow diese hohe Miete oder haben ihm Sympathisanten in der Moskauer Stadtverwaltung bei der Anmietung dieser Räume geholfen, dann wohl zu günstigeren Konditionen? Die Zeitung der RNE trägt den sinnigen Namen "Russkij porjadok" ("Russische Ordnung").

Die RNE beteiligte sich im Oktober 1993 aktiv an den militärischen Aktionen gegen Jelzin. Deswegen sollte der RNE-Vorsitzende verhaftet werden, was nicht gelang, da Barkaschow untertauchte. Als er im Februar 1994 zufällig in einem Sanatorium bei Moskau entdeckt wurde, war die Amnestie der Staatsduma für die Putschisten bereits wirksam.

Der Stellvertretende RNE-Vorsitzende - er bezeichnete sich selbst stolz als "SS-Brigadenführer" - Aleksej Wedenkin drohte im Februar 1995 im russischen Fernsehen damit, die beiden demokratischen Abgeordneten, Sergej Kowaljow und Sergej Juschenkow (letzterer ist zugleich Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Verteidigung), wegen deren scharfer Kritik an der russischen Tschetschenien-Invasion zu erschießen, wenn die RNE an die Macht käme.³ Daraufhin wurde er verhaftet und am 23. März 1995 - am Tag, als Jelzin seinen eingangs erwähnten Antifaschismus-Erlaß unterschrieb - wieder freigelassen, weil ein entsprechendes Gesetz fehlt, nach dem Wedenkin bestraft werden könnte. Nach der Verhaftung Wedenkins dementierte Barkaschow, daß Wedenkin sein Stellvertreter sei. Vor dem Fernsehauftritt Wedenkins sah Barkaschow keine Veranlassung zu diesem Schritt, obwohl sich Wedenkin noch am 10. Februar 1995 in einem Zeitungsinterview als Stellvertreter Barkschows bezeichnen ließ.⁴ Am 14. Mai 1995 kandidierte Wedenkin erfolglos bei einer Nachwahl zur Staatsduma im Wahlkreis Kolomna.⁵

5. "Russische Nationalversammlung" (RNV)

Die "Russische Nationalversammlung" (RNV Inhalt "RNV" \f A§) wurde am 15./16. Februar 1992 in Nischnij Nowgorod als ein Bündnis kleinerer Parteien unter den Farben der monarchistischen Flagge schwarz-gelb-weiß gegründet. Zu den Gästen des Gründungskongresses gehörte der LDPR-Vorsitzende Schirinowskij. Kollektives Mitglied von RNV ist u.a. der militär-patriotische Klub

¹ Kto est' èto. Polititèeskaja Moskva 1994. Bd. 2: Profsojuznye ob-edinenija i centry. Moskau 1994, S. 42, 46.

² Siegl ebenda.

³ Russisches Fernsehen, 2. Programm 22.2.1995. Siegl ebenda.

⁴ Nezavisimaja gazeta, 10.2.1995.

⁵ Belin, Laura, The Strange Career of Alexei Vedenkin, in: Transition, 10, 1994, S. 15.

"Russische Garde" mit 60.000 Mitgliedern. Die RNV, die am 1. November 1992 registriert wurde, gibt in einer Auflage von 50.000- 100.000 Exemplaren die Wochenzeitung "Russkij sobor" ("Russische Versammlung") heraus.¹ Ferner publiziert der RNV-Vorsitzende, der ehemalige KGB-Generalmajor, Alexandr Nikolajewitsch Sterligow, die Reihe "Bibliothek des Generals Sterligow", in der zahlreiche stark chauvinistische und anti-semitische Broschüren erschienen sind. Auf der Sitzung der RNV-Duma am 19. Juni 1993 kam es faktisch zur Spaltung in Anhänger und Gegner Sterligows. Die Reihe "Bibliothek des Generals Sterligow", in der zahlreiche stark chauvinistische und anti-semitische Broschüren erschienen sind. Auf der Sitzung der RNV-Duma am 19. Juni 1993 kam es faktisch zur Spaltung in Anhänger und Gegner Sterligows "§xe ""§wegen dessen Machtstreben.

6. "Front der nationalen Rettung" (FNR)

Auf dem Gründungskongreß der "Front der nationalen Rettung" (FNR Inhalt "FNR" \f A §) am 24. Oktober 1992 in Moskau waren mehr als 40 Parteien und Bewegungen vertreten, von den Kommunisten bis zu den Monarchisten. Das von Jelzinxe "Jelzin"§ am 28. Oktober 1992 verhängte Verbot der FNR wurde Mitte Februar 1993 vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig wieder aufgehoben. Die FNR wurde am 31. März 1993 registriert und zählt inzwischen 40.000 Anhänger. Sie unterhält Beziehungen zur Sozialistischen Partei Kanadas und zu verschiedenen nationalistischen Organisationen in Serbien.

In der FNR unter dem Vorsitzenden Ilja Wladislawowitsch Konstantinow sind die Nationalisten und nicht die Kommunisten tonangebend. Beide sind vereint in dem Ziel, Jelzinxe "Jelzin"§ zu stürzen. Im Februar 1993 bildete die Front eine Schattenregierung. Ihr II. Kongreß forderte am 24./25. Juli 1993 in einer Resolution die Bildung einer "Regierung der nationalen Rettung", die den Ausnahmezustand ausrufen und den Präsidenten ablösen soll.

IV. Programmatik

In den programmatischen Aussagen unterscheiden sich die sechs rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen inhaltlich nicht wesentlich, sondern nur hinsichtlich ihrer Radikalität. Allen gemeinsam sind folgende Ziele:

- Schaffung eines nationalen Einheitsstaats mit einer rein administrativen Aufteilung in den Grenzen der ehemaligen Sowjetunion unter Vorherrschaft der Russen,
- Ablehnung der westlichen Demokratie und statt dessen Errichtung eines autoritären bis diktatorischen Regimes,
- Begrenzung bis Aufhebung der Privatisierung und in unterschiedlichem Maß staatliche Planung sowie administrative Lenkung der Wirtschaft,
- Förderung des militärisch-industriellen Komplexes,
- Aufbau einer starken Armee sowie
- Wiederherstellung des Großmachtstatus Rußlands, das eine mehr oder weniger isolationistische Außenpolitik betreiben wird.

Insofern überhaupt differenzierte politische Zielaussagen vorliegen, werden sie im folgenden vorge-

¹ Sirotnin, Vladimir, "Russkij nacional'nyj sobor", in: Moskovskie novosti, 24 (12.-19.6.), 1994, S. 6.

stellt.

1. "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR)

Für Schirinowskij liegt die Zukunft Rußlands nicht in der Demokratie. Das westliche Demokratie-Modell bedeute den Untergang Rußlands. Deshalb brauche das Land eine starke autoritäre Regierung.¹ Schirinowskij ist nicht nur für einen starken Präsidenten, sondern er strebt auch, wie er auf dem V. Parteitag in seiner einstündigen Rede erklärte, eine "Ein-Partei-Regierung" an.²

Laut Gesprächen des Autors dieses Berichts mit Schirinowskij sowie mit dem LDPR-Schattenaußenminister und Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsduma-Komitees für internationale Beziehungen, Aleksej Mitrofanow, nennt sich die LDPR inhaltlich "LDPR" \f A § "liberal", weil sie für die Freizügigkeit von Kapital, Wirtschaft und Menschen eintritt. Sie ist aber in der Nationalitätenfrage durchaus nicht liberal. Wenn alle Nationalitäten in Rußland das Selbstbestimmungsrecht erhalten, geht Rußland nach Meinung inhaltlich \f A ""§ Schirinowskij zugrunde. Von allen Parteiführern unterstützte Schirinowskij am stärksten die russische Militärintervention in Tschetschenien. "Wäre ich Befehlshaber, würde an der Stelle Grosnyjs jetzt ein großer Bombentrichterinhalt \f A ""§ klaffen - keine Hunde, keine Leichen, nur ein Trichter."³ Es versteht sich angesichts dieser rigorosen Position von selbst, daß Schirinowskij eine Verhandlungslösung für den Tschetschenien-Krieg ablehnt.⁴

Schirinowskij ist für die Aufteilung Rußlands in Gouvernements, ähnlich wie im Zarenreich. Maßgebend sollen dabei historische und wirtschaftliche, nicht nationale Gesichtspunkte sein. Die Gouvernements sollen alle die gleichen Rechte haben, aber nicht das Recht, aus Rußland auszuscheiden. In Moskau soll die Zuständigkeit für die Außen- und Verteidigungspolitik, für Finanzen, Transport, Energie, Fernmeldewesen und Ökologie konzentriert bleiben. Alle übrigen Fragen, vor allem Wirtschaft und Kultur, sollen die Gouvernements selbst regeln.

Schirinowskij weist einerseits den Vorwurf zurück, er sei ein Antisemit.⁵ Auf der anderen Seite will er aber "ein weiteres Erstarken des Judentums nicht tolerieren".⁶

In der Wirtschaftspolitik fordert die LDPR eine Stärkung des staatlichen Sektors, Begrenzung der Privatisierung, Senkung der Steuern für Unternehmer und Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Noch für eine längere Zeit soll der Staat Eigentümer des Bodens bleiben, der allerdings für viele Jahre gepachtet und weiterverpachtet werden kann, ohne ihn verkaufen zu können. Mit besonders drastischen Maßnahmen will Schirinowskij die Kriminalität und die Mafia bekämpfen. Allerdings kann bezweifelt werden, ob er sich, wenn er jemals Macht ausüben sollte, an dieses Versprechen erinnern würde.

inhaltlich \f A ""§ Schirinowskij lehnt die GUSinhalt "GUS" \f A § ab. Alle UdSSRinhalt "UdSSR" \f A §-Nachfolgestaaten werden freiwillig zu Rußland zurückkehren. In bezug auf die baltischen Staaten sagte er Anfang April 1994 in Helsinki: "Die baltischen Staaten können Sie vergessen. Die

¹ Žirinovskij, V.V., O sud'bach Rossii. Èast III s moej toëki zrenija..., Moskau 1993, S. 7.

² ITAR-TASS, 2.4.1994.

³ Spiegel-Gespräch, in: Der Spiegel, 3, 1995, S. 115.

⁴ Argumenty i fakty, 25.8.1995.

⁵ CNN, 8.1.1994.

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.1993.

gehören uns."¹ Weißrußland soll zum "Minsker Gouvernement", die Ukraine zum "Odessaer Gouvernement" und "Nikolajewsker Gouvernement", Kasachstan zum "Alma-Atinsker Gouvernement" werden usw.²

Rußland soll eine selbständige Außenpolitik betreiben und kein EUinhalte "EU" \f A§- oder NATOinhalte "NATO" \f A§-Mitglied werden. inhalt \f A ""§Schirinowskij ist gegen die Mitgliedschaft Rußlands im Europa-Rat.³ Er geht von einer multipolaren Welt aus ohne die Hegemonie einer Supermacht. "Rußland braucht nicht geliebt zu werden, es soll abschrecken. Angst soll die Welt vor Rußland haben. Rußland ist der Gendarm Europas."⁴

Auf der einen Seite versicherte Schirinowskij im "Spiegel"-Gespräch Ende 1993, daß seine Partei keine Gebietsansprüche habe, keinen Militäreinsatz beabsichtige und alle internationalen Verträge einhalten wolle.⁵ Auf der anderen Seite verheimlicht er nicht seinen Expansionsdrang, der vor allem in Richtung Süden geht. Die Rettung der russischen Nation könne nur durch einen "Letzten Sprung nach Süden" - so auch der Titel seiner Broschüre - erfolgen. Schirinowskij träumt nach seiner Aussage in diesem Büchlein davon, daß die russischen Soldaten ihre Stiefel im warmen Wasser des Indischen Ozeans waschen.⁶

Die mittelosteuropäischen Länder werden von Mitrofanow der russischen Einflußzone zugeteilt: Das Wirtschaftsniveau in diesen Staaten entspreche auch eher dem russischen als dem westlichen Standard. Die Tschechei gehöre zur deutschen Einflußzone. Bei Polen sei sich die LDPR noch nicht ganz im klaren. Im Fall des NATO-Beitritts der mittelosteuropäischen Länder wird ein von der LDPR geführtes Rußland sofort die Erklärung abgeben, daß das Baltikum zu Rußland gehört. Wenn die baltischen Länder das nicht anerkennen, werde Rußland sämtliche Versorgungswege zum Baltikum sperren. Der Westen könne dann versuchen, das Baltikum mittels einer Luftbrücke zu versorgen.

Sehr wichtig sind für inhalt \f A ""§Schirinowskij, der sich als germanophil bezeichnet, ungeachtet seiner antideutschen Ausfälle am 29. Dezember 1993, in denen er als Reaktion auf die Verweigerung eines Visums von Bonn Deutschland mit Krieg und Zerstörung drohte, die Beziehungen zu Deutschland. In einem Interview für die rechtsextreme "Deutsche National-Zeitung" führte Schirinowskij Mitte Dezember 1993 aus, daß das Königsberger Gebiet kein Zankapfel zwischen Deutschland und Rußland sein dürfe. "Es darf dort keine Grenzen zwischen Deutschland und Rußland geben. Wir werden eine Formel finden, die Deutschland voll zufriedenstellt. Nichts darf uns trennen... Die sogenannte Oder-Neiße-Grenze ist nicht das letzte Wort der Geschichte. Gerechte Lösungen dienen dem Frieden und lassen sich auf dem Verhandlungsweg verwirklichen."⁷

inhalt \f A ""§Schirinowskij ist für eine große Armee mit einer Stärke von zwei Prozent der Bevölkerung - und nicht ein Prozent, wie es das neue russische Verteidigungsgesetz vorsieht - wegen

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.4.1994.

² Žirinovskij, V.V., Poslednij vagon na sever. Moskau 1995, S. 38.

³ Neue Zürcher Zeitung, 14.4.1994.

⁴ Spiegel-Gespräch 1995, a.a.O., S. 117.

⁵ Spiegel-Gespräch, in: Der Spiegel, 51, 1993, S. 119.

⁶ Žirinovskij, V.V., Poslednyj brodok na jug. Moskau 1993, S. 63, 66.

⁷ Nach: Süddeutsche Zeitung, 16.12.1993.

der vielen Sicherheitsrisiken, vor denen Rußland stehe: vor allem im Süden (islamische Staaten), gegenüber China wegen der unsicheren Grenze und an der Westgrenze zu Polen. inhalt \f A ""§

2. *"National-republikanische Partei Rußlands" (NRPR)*

Die NRPR möchte in Rußland eine starke "national-autoritäre Staatsmacht" schaffen, die nationalen Souveränitäten der Republiken "überwinden", das nationale Selbstbewußtsein der Russen stärken und alle Parteien und Bewegungen verbieten, die Unterstützung aus dem Ausland oder von Ausländern erhalten. Im Rahmen des Aufbaus eines russischen Imperiums sollen die demokratischen Freiheiten stark beschränkt werden. Zu einem zukünftigen russischen Imperium werden außer Rußland die Ukraine, Weißrußland, Teile des Baltikums, Transnistrien und Kasachstan gehören.

Die Wirtschaft soll wieder administrativ gelenkt werden, wenn auch mit kleinen Korrekturen. Rußland soll militarisiert werden und der militärisch-industrielle Komplex in der Volkswirtschaft Priorität erhalten. Der staatliche Sektor in der Wirtschaft soll gestärkt werden, vor allem im Bereich der Schwer- und Rüstungsindustrie. In den mittleren und kleinen Betrieben ist privates Kapital zulässig, aber nur unter staatlicher Aufsicht. Privater Landbesitz soll möglich sein, aber eben auch nur unter staatlicher Kontrolle.¹

3. *"Russische nationale Einheit" (RNE)*

Für die RNE ist die Demokratie eine naive Idee, die nirgends in der Welt funktioniert. Wo es den Anschein hat, daß sie funktioniert, liege die Macht tatsächlich nicht in den Händen des Volkes, sondern einer kleinen Elite. Die demokratische Idee sei von den Juden und den Freimaurern mit dem Ziel entwickelt worden, die Nation zu demoralisieren und die Weltherrschaft zu erringen. Die Macht in Rußland müßte in den Händen eines russischen nationalen Führers konzentriert sein.

Barkaschow will - ähnlich wie Schirinowskij - einen zentralistischen russischen Einheitsstaat aufbauen, der nicht in Republiken und Gebiete usw., sondern in Gouvernements gegliedert ist. In Rußland muß die russische Nation die Vorherrschaft ausüben. Barkaschow tritt für "Rassenhygiene" ein und fordert deshalb das Verbot von Mischehen zwischen den verschiedenen Rassen, um das russische Erbgut zu schützen.²

Was Barkaschow mit den übrigen Nationalitäten vorhat, ist geheimen RNE-Dokumenten zu entnehmen. Die Kaukasier und die Völkerschaften Mittelasiens dürfen nur in ihren "historischen Territorien" leben. Es muß eine massive Reduzierung ihrer Geburtenraten erreicht werden, damit diese Völker auf ein zahlenmäßiges Minimum schrumpfen. Juden und Zigeuner sind "vollständig in kürzester Zeit auszurotten". Die Juden sollten auf keinen Fall nach Israel oder in den Westen deportiert werden, weil sie dort nur die Positionen des Weltzionismus und dessen subversive Arbeit gegen Rußland stärken würden. Barkaschow möchte gern Hitlers Rassengesetze in Rußland einführen, um die russische Rasse rein zu erhalten und zu stärken.³

¹ Sirotin, Fjurer ... ebenda.

² Russkij porjadok, Dezember 1993-Januar 1994, S. 25. Zitiert nach Belin, Ultrationalist..., a.a.O., S. 8.

³ Ostrosvetov, Vladimir, Russkij porjadok Aleksandra Barkašova, in: Moskovskie novosti, 15 (10.-17.4.), 1994, S. 7.

4. "Russische Nationalversammlung" (RNV)

Die RNV möchte die jetzige Regierung auf dem parlamentarischen Weg ablösen und durch eine nationale Regierung ersetzen. Sofort nach der Machtergreifung durch die RNV wird in Rußland der Ausnahmezustand ausgerufen und ein entsprechendes Komitee gegründet, das das Land mit unbegrenzten Vollmachten regiert. Sofort werden alle feindlichen politischen Parteien sowie Organisationen verboten und aufgelöst. Ihre Mitglieder sowie die käuflichen demokratischen Journalisten werden entweder vernichtet oder auf unbestimmte Zeit interniert. Eine Ständeversammlung (Zemskij sobor) wird einberufen werden, die in Rußland die Monarchie wiedererrichtet, die nicht unbedingt auf das letzte Zarengeschlecht der Romanows zurückgreifen muß.¹

Allmählich soll zur planmäßigen Lenkung der Volkswirtschaft zurückgekehrt werden. Die wichtigsten Industriezweige, vor allem der militärisch-industrielle Komplex, sollen staatlich bleiben. Die neue russische Unternehmerschaft muß sich einer strengen staatlichen Kontrolle unterwerfen. Die Preise sollen eingefroren, die Löhne angehoben und die freie Konvertierbarkeit des Rubels beseitigt werden.

In Rußland wird dann ein "schonungsloser Krieg gegen das Verbrechen begonnen werden, sei es das kriminelle oder das politische". Die RNV sammelt alle Vorfälle von "Russophobie", Freimaurertum und antinationaler Tätigkeit in Rußland. Wenn die RNE die Macht übernommen hat - so eine interne Instruktion - werden Personen, die staatliches Eigentum geraubt haben, die sich korrumpieren ließen, die dem neuen Regime gegenüber Widerstand leisten, die "schädliche" Propaganda betreiben, aber auch alle Prostituierten und alle unverbesserlichen Rowdys (chuligany) auf der Stelle erschossen.

Rußland soll in den Grenzen der Sowjetunion von 1945 wiederhergestellt und rein administrativ unterteilt werden. Die herrschende Nationalität sollen die Russen sein, zu denen Sterligow auch die Weißrussen und die Ukrainer zählt. Die RNV will Rußland militarisieren, den militärisch-industriellen Komplex stärken, die militärisch-patriotische Erziehung fördern und auf militärische Stärke setzen.¹

5. "Front der nationalen Rettung" (FNR)

Die FNR versteht sich als ein vereintes Organ der linken und rechten Opposition unter der Losung "Rußland, steh' auf und steig' empor!". Sie fordert die Wiederherstellung der in der sowjetischen Verfassung verankerten territorialen Einheit der UdSSR und ihrer Streitkräfte. Die FNR will auf allen Ebenen die Macht den Sowjets zurückgeben, eine Regierung der nationalen Rettung bilden, die mit

¹ Sirotin, Vladimir, Russkij... ebenda.

außerordentlichen Maßnahmen die Ordnung wiederherstellen und die sozio-ökonomischen sowie gesellschaftlich-politischen Verhältnisse in Rußland stabilisieren soll sowie das Amt des Präsidenten mit seiner aufgeblähten Administration abschaffen.

V. Führungspersonen

Die Vorsitzenden der sechs wichtigsten rechtsextremistischen Organisationen¹ gehören nicht der gleichen Generationen an. Der jüngste ist mit 34 Jahren Lyssenko, gefolgt von Konstantinow mit 39 Jahren, Barkaschow mit 42 Jahren, Wassiljew mit 45 Jahren, Schirinowskij mit 49 Jahren und Sterligow mit 52 Jahren. Allen ist gemeinsam, daß sie den Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion nicht bewußt erlebt haben. Angaben zur Nationalität liegen nur über Lyssenko vor, der Russe ist, und über Schirinowskij, dessen Vater ein jüdischer Rechtsanwalt und dessen Mutter eine russische Hausfrau war.

Fünf rechtsextremistische Parteiführer haben eine akademische Ausbildung absolviert: Wassiljew (Theaterwissenschaft), Schirinowskij (1970 Turkologie am Asien- und Afrika-Institut sowie 1974-77 Fernstudium des Internationalen Rechts an der Juristischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität), Lyssenko (1983 an der Biologischen Fakultät des Pädagogischen Instituts in Ussurijsk und Fernstudium an der Historischen Fakultät der Leningrader Staatlichen Universität), Sterligow (1966 am Moskauer Institut für Autotransportingenieure und 1967 an der KGB-Hochschule) sowie Konstantinow (1980 an der Wirtschaftsfakultät der Leningrader Staatlichen Universität). Barkaschow ist von Beruf Elektromonteur und Karate-Lehrer.

Bevor die rechtsextremistischen Parteiführer in die Politik gingen, hatte nur einer eine bemerkenswerte Karriereposition inne: Sterligow war KGB-Generalmajor und bis 1991 Geschäftsführer der russischen Regierung unter Premier Iwan Silajew. Schirinowskij war zuletzt von 1983 bis 1990 Leiter des juristischen Dienstes des Verlags "Mir". Lyssenko arbeitete nach dem Studienabschluß als Arzt bei der Leningrader tierärztlichen Ersten Hilfe. Konstantinow war bis 1989 als Heizer im Leningrader Werk "Lenenergo" tätig. Über rhetorische und demagogische Begabung verfügt von allen sechs genannten Vorsitzenden nur Schirinowskij.

VI. Politisches Gewicht

Von den rechtsextremistischen Gruppierungen hat es bisher nur die LDPR geschafft, sich mit einer Parteiliste zur Wahl in die Staatsduma am 12. Dezember 1993 zu stellen. Die LDPR erreichte mit 22,9 Prozent das beste Listenergebnis, was fast eine Verdreifachung der 7,8 Prozent bedeutet, die Schirinowskij am 12. Juni 1991 bei der Präsidentenwahl erhalten hatte. Da die LDPR wegen ihrer geringen Verankerung in der Provinz allerdings nur vier Direktmandate erringen konnte, bildet sie in der Staatsduma nur die zweitgrößte Fraktion, aus der inzwischen einige wichtige LDPR-

¹ Quellen für die biographischen Angaben: Kto est' kto v Rossii i v bližnem sarubež'e. Spravoènik. Moskau 1993. Kto est' èto. Polititèeskaja Moskva 1994. Bd. 1: Polititèeskije organizacii i bloki, obščestvennye organizacii. Moskau 1994. Schneider, Eberhard, Rußland auf Demokratiekurs? Neue Parteien, Bewegungen und Gewerkschaften in Rußland, Ukraine und Weißrußland. Köln 1994, S. 160-188. Longman Biographical Directory of Decision-Makers in Russia and the Successor States. Ed. by Martin McCauley. The High Harlow, Essex, 1993.

Abgeordnete wieder ausgetreten sind. Von der NRPR schaffte nur ihr Vorsitzender Lyssenko als Direktwahlkandidat den Sprung ins Parlament. Der größte Teil der LDPR-Hochburgen befindet sich in Grenzregionen oder in Regionen mit Nationalitätenproblemen bzw. entsprechenden Ängsten bei der russischen Bevölkerung. Einige LDPR-Hochburgen sind Rohstoffregionen.¹

In der Staatsduma stellt die LDPR den Stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentskammer und betreibt eine intensive Komiteearbeit: Die LDPR-Fraktion konnte fünf Komiteevorsitzende und doppelt so viel Stellvertretende Komiteevorsitzende durchsetzen. Die meisten Mitglieder entsandte die Fraktion in das Komitee für Fragen der Geopolitik, das extra für die LDPR geschaffen worden war, um die Fraktionsmitglieder nach Möglichkeit vom Komitee für internationale Beziehungen fernzuhalten.²

Zusammen mit den Fraktionen der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und der kommunistischen Agrarpartei Rußlands bildet die LDPR die nationalistisch-kommunistische Opposition von einem Drittel der Abgeordneten. Zwei Dinge erreichte die LDPR-Fraktion: Im Februar 1994 fand sie nach mehreren Anläufen eine Mehrheit in der Staatsduma für ihren Antrag, die Putschisten vom August 1991 und Oktober 1993 zu amnestieren. Im Juli 1995 ermöglichte die LDPR-Fraktion durch die Zurücknahme ihrer Zustimmung zu einem Impeachment-Antrag, daß Präsident Jelzin im Amt bleiben konnte.³

VII. Perspektiven

Welche Chancen hat die LDPR bei der Staatsduma-Wahl am 17. Dezember 1995? Eine repräsentative Umfrage, die das bekannte Moskauer Meinungsforschungsinstitut WZIOM (Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) im April und Mai 1995 unter 2.000 Bewohnern der Russischen Föderation durchgeführt hat, ergab, daß die LDPR bei der Listenwahl nur noch 10 Prozent der Stimmen erhalten würde, also die Hälfte ihres Ergebnisses von 1993.⁴ Eine andere, ebenso von WZIOM vorgenommene Umfrage ergab, daß nur noch 19 Prozent der ehemaligen LDPR-Wähler Schirinowskij wiederwählen würden.⁵ Diesen Werten müssen nicht unbedingt andere Umfragen widersprechen, die teilweise ebenfalls von WZIOM durchgeführt wurden, mit folgenden Ergebnissen: Von 1989 bis Dezember 1994 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Rußland eine "starke Hand" und eine "eiserne Ordnung" haben wollen bis hin zur Errichtung einer Diktatur, von 8 auf 28 Prozent angestiegen. Dabei ist allerdings festzustellen, daß der Anstieg nicht gleichmäßig verlief, sondern sich in den letzten vier Jahren bei 23-28 Prozent eingependelt hat.⁶ Das alles könnte letzten Endes bedeuten, daß Schirinowskij die Hälfte seiner Wähler verloren hat, daß aber das rechtsextreme Wählerpotential unverändert groß geblieben ist und zum Teil eine andere Leitfigur oder Partei im rechtsextremistischen Spektrum wählen wird, sofern sie kandidieren sollte.

¹ Schneider, Schirinowskij..., a.a.O., S. 17 f.)

² Vg. dazu auch: Schneider, Eberhard, Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma. Berichte des BIOst, 28, 1995.

³ Segodnja, 13.7.1995.

⁴ Brim, Robert, Elektorat, in: Segodnja, 4.8.1995, S. 3.

⁵ Levinson, Aleksej, Jesli v sledujušeeje voskressenje..., in: Segodnja, 11.8.1995, S. 3.

⁶ Wajnschtejn, Grigorij, Rost avtoritarnych nastroenij i fašistskaja opasnost' v sovremennoj Rossii, in: Polis, 2, 1995, S. 40.

Die Schwäche der rechtsextremistischen Kräfte ist ihre Uneinigkeit, die aber nicht den Demokraten zugute kommt, weil diese sich ebenfalls nicht auf eine gemeinsame Liste einigen können. Für die LDPR wäre es schon ein Gewinn, wenn sie am 17. Dezember 1995 ihr Ergebnis von 1993 wiederholen könnte.

Ein Indiz dafür ist die Wahlniederlage der LDPR in Jekaterinburg am 21. August 1995. Bei den Gouverneurswahlen belegte der Kandidat Schirinowskijs im ehemaligen Swerdlowsk, dem sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustriezentrum, den letzten Platz.¹

Laut einer im Mai 1995 von WZIOM unter der städtischen Bevölkerung durchgeführten Umfrage würden 7 Prozent - das beste Ergebnis - der Befragten den Reformökonom Grigorij Jawlinskij zum Präsidenten wählen und je 5 Prozent - das zweitbeste Ergebnis - Jelzin bzw. Schirinowskij.² Bei dieser Umfrage wurde allerdings auch der ehemalige Vizepräsident und Putschist vom Oktober 1993, Alexandr Ruzkoj, zur Wahl gestellt, der ebenfalls Anspruch auf das nationalistische Wählerpotential erhebt und der von den Befragten 4 Prozent der Stimmen erhielt. Es ist unwahrscheinlich, daß es Ruzkoj gelingt, die erforderliche Million Unterschriften in mindestens 15 Republiken und Gebieten der Russischen Föderation für seine Kandidatur zu sammeln. Bei der Präsidentenwahl am 16. Juni 1996 ist es deshalb nicht ausgeschlossen, daß Schirinowskij in die Stichwahl kommt, wenn es keinen konkurrierenden nationalistischen Kandidaten gibt.

Die russische Führung hat es bis heute versäumt, sich mit den nationalistischen Positionen inhaltlich öffentlich auseinanderzusetzen. Vielleicht meint sie, das nicht nötig zu haben. Möglicherweise hat sie aus populistischen Gründen eine solche Auseinandersetzung bewußt vermieden. Der eingangs erwähnte Anti-Faschismus-Erlaß Jelzins hat eher Alibi-Funktion. Laut Jelzins Rechtsberater Michail Krasnow verbietet der Erlaß nichts und droht keinerlei Sanktionen an. Er ermahnt nur die zuständigen staatlichen Organe eifriger zu werden.³ Die Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme, die das Wachstum des Rechtsextremismus und Faschismus fördern, wäre ein erfolgreicherer Weg zur Bekämpfung faschistischer Tendenzen⁴ als ein solcher Erlaß, wenn er auch besser ist als gar kein Erlaß.

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.1995.

² Ogonek, 22 (Mai), 1995, S. 17.

³ Segodnja, 24.3.1995.

⁴ Orttung a.a.O. S. 4.

Eberhard Schneider

Right-wing Extremism in Russia

Bericht des BIOst Nr. 53/1995

Summary

Introductory Remarks

This report examines the six largest right-wing extremist organisations in the Russian Federation: the National-Patriotic Front "Pamyat" ("Memory") under Dmitrii Vassilev, the Liberal Democratic Party of Russia (LDPR) under Vladimir Zhirinovskiy, the National Republican Party of Russia (NRPR) under Nikolai Lyssenko, the Russian National Unity (RNU) under Aleksandr Barkashov, the Russian National Assembly (RNA) under Aleksandr Sterligov and the National Salvation Front (NSF) under Ilya Konstantinov. In discussing right-wing extremism the report uses the definition of the term employed by political science: movements are considered to be right-wing extremist if they contravene the basic rights and constitutional norms for settling conflicts within a parliamentary democracy and if they are prepared to use violence in order to assert their nationalist positions.

Findings

- 1. Right-wing extremism has a certain tradition in Russia. The best-known grouping was the "Black Hundreds", a collective term for right-wing extremist groups that existed between the turn of the century and the revolution of February 1917. In 1906 they formed a right-wing extremist party called the Union of the Russian People.*
- 2. There are various reasons why right-wing extremist slogans appeal to a certain sector of the population of the Russian Federation today: through exaggerated nationalism people are trying to compensate for the break-up of the Soviet Union. Following the bankruptcy of communism nationalism is the simplest kind of alternative ideology. The Russians, after all, identified themselves not with the Russian nation per se but with the Russian state and its territory. Ultimately, right-wing extremism is a form of totalitarianism that is just as anti-democratic as communism.*
- 3. The first right-wing extremist organisation to be established during the transition period was "Pamyat", which was founded under a slightly different name in 1986. Its chairman, Vassilev, who likes to adorn himself with SS symbols as well as with Tsarist regalia, has described himself publicly since 1992 as a monarchist and a fascist.
The LDPR, which came into being in March 1990 as the Liberal Democratic Party of the Soviet Union under the chairmanship of Zhirinovskiy - whether or not with the help of the KGB is still a matter of dispute - now has 40,000 members of whom 50 percent are between*

the ages of sixteen and twenty-nine. Half of its members are workers, almost a third members of the intelligentsia, and almost a fifth farmers. At the last LDPR congress in April 1994, Zhirinovskiy allowed himself to be elected as party chairman for a further ten years in violation of existing party status.

In April 1990 the NRPR was formed out of a number of "Pamyat" splinter groups. It is based in St. Petersburg and can now boast 11,500 members in thirty-six regional organisations. Another offshoot of "Pamyat", the RNU, was formed in October 1990. With 20,000 members in 250 grassroots organisations, it is the second largest right-wing extremist party in the Russian Federation. The central core of the RNU is made up of the so-called "comrades-in-arms", among whom military discipline prevails. The "fellow-fighters" are candidates for RNU membership and constitute the active part of the movement. The "followers", who are one rung lower in the hierarchy, are regarded as sympathisers of the RNU and are thought to number several hundred thousand. In March 1994 Barkashov signed a co-operation agreement with the 120,000-strong Confederation of Free Trade Unions of Russia-National Association of Russian Trade Unions.

The next largest extreme right-wing organisations were formed two years later under Yeltsin: in February 1992 the RNA was created as an alliance of smaller parties under the black-yellow- and white monarchist flag; and in October 1992 the NSF was established as an umbrella organisation encompassing some forty parties and movements ranging from monarchist to communist. Among others the military-patriotic club "Russian Guard" with 60,000 members, holds collective membership of the RNA. The NSF, which in the meantime has formed a shadow government, has 40,000 supporters.

4. *The programmatic statements of the six right-wing extremist parties and groupings do not differ significantly with regard to content; the distinctions lie more in their degree of radicality. All have the following aims:*
 - *the creation of a centralised national state divided purely along administrative lines within the borders of the former Soviet Union under Russian rule;*
 - *the rejection of Western democracy and the establishment of an authoritarian regime or even a dictatorship;*
 - *the limitation or annulment of privatisation and varying degrees of state planning and administrative management of the economy;*
 - *the promotion of the military-industrial complex;*
 - *the building of a strong army;*
 - *and the re-establishment of Russia's superpower status and the pursuit of a more or less isolationist foreign policy.*
5. Before they entered politics, only one of the leaders of these right-wing extremist movements had held a career position of any note: the chairman of the RNA, Sterligov, was a KGB major-general and until 1991 general secretary of the Russian government under Premier Ivan Silaev. Zhirinovskiy (LDPR) was head of the legal office of the publishing house "Mir" from 1983 until 1990. After qualifying as a doctor, Lyssenko worked for the Leningrad veterinary first aid service. Konstantinov (NSF) worked until 1989 as a boilerman in the Leningrad plant "Lenenergo". Vassilev ("Pamyat") is an actor by profession and Barkashov (RNU) is an

electrician and a karate teacher. The only one of the six chairmen named with any gift for rhetoric or demagoguery is Zhirinovskiy.

6. The LDPR was the only extreme right-wing grouping that managed to put up a list of candidates for election to the state Duma on 12 December 1993. With 22.9 percent the LDPR obtained the largest proportion of the vote for party lists, almost tripling the 7.8 percent that Zhirinovskiy had received on 12 June 1991 when he stood for election as president. Owing to its weak position in the provinces, however, the LDPR won only four direct mandates and is thus only the second strongest political party in the state Duma; moreover, since then a number of important LDPR members of parliament have resigned. From the NRPR only its chairman, Lyssenko, who stood as a direct candidate, was elected to parliament.
7. According to public opinion surveys of April and May 1995, there is a stable block of voters, constituting between 23 and 28 percent of the electorate, who say they favour the rule of "a strong hand" and an "iron order". At the same time, Zhirinovskiy has lost half of his voters. Taken together, these facts could mean that the still large voter potential at the extreme right end of the political spectrum might vote for some other right-wing leader or party if one were to stand for election.

So far the Russian leadership has neglected to challenge the nationalist positions publicly. Maybe it thinks that it does not need to; but it is also possible that it is deliberately avoiding such a confrontation for populist reasons.